



Niederschrift

50. Plenarsitzung des Gemeinderates
16. Mai 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 15 der Tagesordnung: Stadt Karlsruhe - inklusive Arbeitgeberin

Antrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2023/0111

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss am 31. März 2023; verwiesen aus der Gemeinderatssitzung am 28. Februar 2023.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Unser Antrag möchte bewirken, dass die Stadt Karlsruhe wirklich eine vorbildliche Arbeitgeberin in Richtung inklusive Stellen geben wird. Insbesondere sollen junge Menschen mit geistigen Behinderungen, die auf schulisch angelernte Tätigkeiten dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet werden können, darauf abheben. Die Stellungnahme der Verwaltung dazu vermittelt den Eindruck, als gehe es im Antrag um die Gewinnung von Fachkräften durch den Stellen-Pool für Menschen mit Behinderung. Das ist völlig missverständlich. Es geht im Antrag um Chancengleichheit und einen sozialen Auftrag, den die Stadt als Arbeitgeberin hat. Der angesprochene Personenkreis kann mit seinen Fähigkeiten Fachkräfte von Arbeit entlasten, die keine Fachausbildung benötigen. Etwas ratlos lässt uns die Beratung im Personalausschuss zurück. Nach Angabe der Stadtverwaltung existiert ein entsprechender Stellen-Pool. Allerdings könnten nicht alle Stellen wegen fehlender Bewerbungen besetzt werden. Hier existiert für uns ein Widerspruch. Nach unseren Informationen ist es so, dass sich Betroffene oft nicht für ein Praktikum der Stadt bewerben, weil sie von vornherein mitgeteilt bekommen oder das einfach wissen, dass die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung nicht gegeben ist. Von daher sehen wir, dass die Stadt eine wichtige Aufgabe hat und diesen Pool ausbauen muss, auch

um die Stellen und Antragsverfahren bekannt, transparent und Barrierefreiheit in allen Richtungen zu machen.

Das ist unser Hauptanliegen, und wir bitten und beantragen bei Herrn Bürgermeister Käuflein, dass in regelmäßigen Abständen zwischen vier bis sechs Monaten Informationen zum Thema im Personalausschuss gegeben werden.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Mein Vorredner hat schon auf die Vorbildfunktion angesprochen oder das schon mal so ein bisschen erörtert. Die Stadt Karlsruhe hat als Arbeitgeberin sicherlich eine solche. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung sollte uns wichtig sein. Es ist nicht einfach nur ein Nice-to-have, wenn Barrieren reduziert und Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Auch die Arbeitswelt ist ein Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und eröffnet durch den Verdienst den Zugang zu verschiedenen Möglichkeiten der Lebens- und Freizeitgestaltung. Die Inklusion in diesem Feld ist somit richtig und wichtig.

Wie inklusiv ist es aber, wenn diese Menschen in speziellen Werkstätten arbeiten und nicht in dem allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden? Die Beantwortung dieser Frage ist sicherlich nicht ganz einfach. So sind immer gewiss spezifische Umstände der einzelnen Personen zu berücksichtigen. Dennoch erscheint es logisch, dass eine umfassende Inklusion sich um die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. im allgemeinen Arbeitsmarkt tätigen Unternehmen und Organisationen zumindest bemüht. Daher können wir diesen Antrag der KAL und seinen Sinn sehr gut nachvollziehen.

Die Stadt Karlsruhe kommt jedoch im gewissen Umfang ihrer Vorbildfunktion schon nach, und es gibt auch schon Inklusionsstellen, wo laut Stellungnahme nur 2,5 besetzt sind, wie es auch der Vorredner schon angedeutet hat. Da ist es sicherlich interessant, dass auch noch einmal berichtet wird, wie schon angedeutet wurde, um zu sehen, wie diese 0,5 Stellen weiter besetzt werden.

Ich habe es jetzt so verstanden, dass heute der Antrag nicht mehr zur Abstimmung kommen soll. Das begrüßen wir natürlich. Wir halten es nicht zielführend, in Anbetracht der Haushaltslage, darüber jetzt abzustimmen. Genau, das wäre dann vielleicht etwas im Haushalt, worüber man diskutieren könnte, bei der Gesamtlage, wo wir das sehen. Aber wir würden es jetzt grundsätzlich als schwierig ansehen, noch weitere Stellen zu schaffen, weil da wären auch noch Betreuungsanteile zu schaffen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Zweifelsohne hat ein öffentlicher Arbeitgeber wie die Stadt Karlsruhe eine Vorbildfunktion und so, wie es sich darstellt, nehmen sie diese auch wahr. Nicht nur im Schwerbehindertenbereich, wo die Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin mehr als die geforderten Pflichtplätze ausgewiesen hat, sondern sie hat darüber hinaus für besonders Schwerbehinderte, geistig Behinderte auch diese drei Stellen geschaffen, die nicht einfach so mitlaufen können, sondern ein sehr erhebliches Betreuungspotenzial benötigen. Und ich finde, die drei Stellen sind ein guter Schritt. Natürlich könnte man sich wünschen, noch mehr Inklusionsstellen zu haben. Aber derzeit wird unser Haushaltsplan dies nicht zulassen. Vorhin wurde angesprochen wegen dem Fachärzteebereich, aber, Lüppo Cramer, es steht bei euch ausdrücklich drin im Antrag, dass aufgrund des Fachkräftemangels hier was getan werden soll. Aber diese Personengruppe, glaube ich, wird nicht dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu beseitigen. Es ist gut, wenn wir nicht abstimmen, sondern immer

wieder informiert werden, dass die Stadt Karlsruhe auch ihre spezielle Verantwortung wahrnimmt, und so sehen wir dies.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Zufrieden ist die SPD-Fraktion mit dem Antrag der KULT-Fraktion. Nicht zufrieden sind wir mit der Antwort der Verwaltung. Inklusion in den Arbeitsmarkt darf kein Feigenblatt sein. Was uns fehlt, ist ein Konzept für Inklusion in den Arbeitsmarkt, und dieser Verantwortung muss/soll sich die Stadt Karlsruhe stellen. Unabhängig von der Haushaltslage, entgegen der Einschätzung der Vorredner, bin ich oder sind wir der Meinung, dass auch Menschen mit Behinderung, insbesondere Menschen mit einer seelischen Behinderung einen Beitrag zum Fachkräftemangel leisten können. Hier reden wir von quantitativen Einschränkungen. Gleichermaßen können diese Menschen einen Mehrwert für die Stadt Karlsruhe bringen. Es geht aber auch um einen Mehrwert für die Betroffenen selbst.

Entsprechend werden wir als SPD-Fraktion weiter initiativ bleiben und hier auch ein Konzept von der Stadtverwaltung einfordern. Denn nur so werden wir dem Auftrag gerecht, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Weg über die Lebenshilfe und andere Kostenträger ist ein guter Weg, aber kann nur ein erster Schritt sein. In diesem Sinne sind wir erst einmal mit der Antwort zufrieden. Aber wir werden weiter dranbleiben.

Stadträtin Böringer (FDP): Nachdem der Antrag, wenn ich es richtig verstanden habe, zurückgenommen wurde, mit dem Bemerken oder mit dem Wunsch, an den entsprechenden Dezernenten, doch zeitnah zu berichten, beschränke ich mich nur noch auf zwei, drei Punkte. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich finde die Stellungnahme der Verwaltung etwas enttäuschend, weil sie die bisherigen Bemühungen zwar ins Feld führt, aber sich nicht nach vorne bewegt, also keinen eigenen Vorschlag für die Zukunft macht. Und das Thema Fachkräftemangel war, glaube ich, jetzt nicht das Thema des Antrags, für den es aus unserer Sicht natürlich Sympathien gibt.

Nur noch ein Punkt. Wenn ich die Antragsteller richtig verstanden habe, die den Antrag zurückgenommen haben, soll das Stellenpool auch die Möglichkeit schaffen, die Begabungen der Praktikanten und Praktikantinnen unabhängig von diesen engen Stellenausschreibungen einzusetzen. Letzter Satz und damit beende ich es auch, wer an einer Zoo-Kasse erfolgreich ist, kann auch an der Kasse eines der Bäder erfolgreich sein. Hier haben wir einen belegbaren Mangel. Da bin ich jetzt zu Ende mit meinem Latein bzw. mit meinem Vortrag und bin zufrieden, wenn der Dezernent noch einmal dieses Thema der gelingenden und gelungenen Inklusion und auch der Schwierigkeiten der Inklusion im Blick hat.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich finde den Vorstoß von der KAL/Die PARTEI richtig, weil ich auch sehr bedauere, dass junge Menschen, in der Regel sind es junge Menschen, die sich in so ein Praktikum begeben, zwar das Praktikum absolvieren können, aber danach quasi wieder, in Anführungszeichen, auf die Straße gesetzt werden. Ich denke, damit tut man niemandem einen Gefallen. Damit ist das Projekt, auch das Praktika, verpufft, weil gerade für diese seelischen und geistigen Beeinträchtigungen, um die es hier geht, ist die Kontinuität wichtig. Inklusion bedeutet natürlich, dass ich mich mit dem Menschen beschäftigen muss. Es gibt durchaus einige Beeinträchtigungen, die kann man mit technischen Hilfsmittel unterstützen, und dann sind die Leute, egal ob im Rollstuhl oder in anderer Beeinträchtigung am Büroarbeitsplatz einsetzbar. Aber gerade bei seelisch oder geistig

beeinträchtigten Menschen braucht es nun mal diese Zuwendung von anderen Menschen und die Betreuung. Ich gehe auch davon aus, dass Inklusion genau das bedeutet.

Und was die Stellungnahme der Stadtverwaltung angeht, muss ich sagen, das ist tatsächlich eine Entlarvung, wenn da drinsteht, „auch zeigt sich aufgrund der Arbeitsverdichtung des Fachpersonals eine immer geringer werdende Kapazität, eine Begleitung und intensive Betreuung der geistig oder seelisch behinderten Personen zu übernehmen“. Diese Arbeitsverdichtung ist nicht nur in dem Zusammenhang ein Problem. Diese Arbeitsverdichtung ist auch ein Problem für die Beschäftigten in der Stadtverwaltung, die im Prinzip am Rotieren sind und die eigentlich aufgrund der Arbeitsverdichtung häufiger krank werden, Burnout haben und, und, und. Also ich glaube wirklich, die Arbeitsverdichtung, nicht nur in der Stadtverwaltung, das kennen wir auch aus anderen Bereichen der freien Wirtschaft, das ist das eigentliche Problem, und das ist das, was auch krank macht, was auch psychisch krank macht. Und wenn wir da nicht ein bisschen aufpassen und tatsächlich wieder mehr Wert auf dieses menschliche Miteinander in der Arbeitswelt legen, dann geht diese Gesellschaft irgendwann vor die Hunde und einige schneller, andere langsamer. Und ich finde schon, dass die KAL jetzt einen Finger in die Wunde gelegt hat und wir eigentlich gucken müssen, dass diese Menschen, die ihr Praktikum absolviert haben, eine Chance kriegen. Die kann halt nicht in dem bestehen, sich auf eine Stellenausschreibung bei der Stadt zu bewerben, sondern da muss man wirklich gucken, wo passen sie hin, wo haben wir Lücken, wo kann man solche Menschen integrieren.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte noch einmal richtigstellen, dass wir den Antrag nicht zurückgezogen haben, sondern wir wünschen, dass er weiter verfolgt wird. Ich denke, dass es auf der Bürgermeisterbank auch so angekommen ist. Aber wir finden es gut, dass in Abständen, die letztendlich dann auch die Verwaltung vorgeben soll, wenn es was zu berichten gibt, das dann passiert, dass wir einfach sehen, wie dieser Pool eventuell ausgebaut oder auch eben von der Arbeit her, von den Angeboten, von den Möglichkeiten, noch optimiert wird.

Der Vorsitzende: Wir sagen Ihnen gerne zu, dass wir, ich würde vorschlagen, zwei Mal im Jahr über die Erfahrungen berichten und vielleicht mit Ihnen auch einmal in die Einzelfälle, mit denen wir Erfahrung haben, gehen. Mir geht es nicht um die einzelnen Menschen, mir geht es um die Erfahrung, das vielleicht im Personalausschuss auch noch mal vertiefen. Ich bin von manchen Ausführungen ehrlich gesagt etwas angefressen, weil der Antrag begehrt, dass wir einen Stellenpool einrichten. Unsere Stellungnahme ist leider an der Stelle nicht konkret genug. Aber es ist deutlich, dass wir einen solchen Stellenpool haben. Das ist ja erst einmal was Positives.

Dann stellen wir fest, dass es in dem Antrag um geistige Behinderung geht. Jetzt wird uns vorgeworfen, dass wir nicht genug seelisch Behinderte integrieren. Darum ist nicht gefragt worden. Dann wird hier von Zoo-Kasse gesprochen. Ich möchte den geistig Behinderten kennen, den ich bei dem Ansturm an Kundinnen und Kunden und der Art und Weise aufzutreten, an die Zoo-Kasse setzen könnte und beim Bad genauso. Sie haben offensichtlich keine Ahnung, ich sage das jetzt an die, die uns jetzt mit einer Mix-Tour aus aller möglichen Sozialromantik hier überziehen, ihr habt offensichtlich keine Ahnung, und wir versuchen, in der Antwort sehr wertschätzend festzustellen, dass wir auf der einen Seite über ein Praktikum die Möglichkeit bekommen, überhaupt Menschen sich zu beweisen und bei uns überhaupt die Chance zu bekommen, mal zu gucken, wo können wir denn diejenigen

einsetzen, und da, wo wir es einsetzen konnten, haben wir es gemacht, sonst hätten wir die Stellen nicht gefüllt. Ich kümmere mich zum Teil auch mehr oder minder persönlich drum, weil mir es persönlich seit Jahren ein großes Anliegen ist. Wir müssen aber auch feststellen, dass es eher einen deutlich erhöhten Begleitungsbedarf gibt. Es ist nicht so, dass die kommen und aufgrund ihrer Kompetenzen mal eben den Fachkräften ein bisschen etwas wegnehmen, und am Ende sind alle glücklich, sondern man muss schon sehr intensiv zusammenarbeiten.

Und da, liebe Frau Binder, wenn wir schreiben, die Arbeitsverdichtung macht es nicht mehr möglich, das mal nebenbei noch mitzumachen, sondern dann müssen wir dafür Personalanteile anstellen, dann ist das erst einmal eine völlig wertfreie Aussage, und daraus abzuleiten, dass wir endlich die Arbeitsverdichtung zugeben, die unsere Mitarbeiter vor die Hunde führt, also das finde ich jetzt wirklich eine weitgehende Interpretation. Ich habe bei unserer Hausmesse neulich keine Mitarbeiter getroffen, von denen ich den Eindruck hätte, dass wir sie hier zugrunde richten. Also bitte ein bisschen gemäßiger mit manchem umgehen, wäre meine Bitte, erst mal den wertschätzenden Anteil aus dem mitnehmen, vielleicht auch anerkennen, dass wir uns immerhin schon seit 2018 um solche Leute kümmern. Ich habe überhaupt kein Problem damit, noch mehr Praktikanten auszuprobieren. Man muss nur anschließend entscheiden, können die auf einem Stellenanteil einer bestehenden Stelle dann am Ende quasi arbeiten oder brauchen wir eine zusätzliche Stelle. Die kann ich dann oft nur dann schaffen, wenn ich dafür auch eine zusätzliche Unterstützung irgendwie kriege. Das passiert zumindest in den Anfangsjahren auch oft. Und ich muss eine intensivere, ich sage nicht Betreuung, eine intensivere Begleitung organisieren, und dafür brauche ich dann eventuell Stellenanteile, weil wir mittlerweile doch so intensiv arbeiten, dass das nicht mehr so nebenbei mitgemacht werden kann. Das kann ich dann den entsprechenden Mitarbeitenden auch nicht zumuten.

Insofern sind wir dem Anliegen gegenüber sehr offen. Es ist am Ende immer eine Einzelfallentscheidung. Man kann es nicht pauschal sagen, und in den Inklusionszielen sind wir uns, glaube ich, auf beiden Seiten völlig einig. Wenn wir mehr dafür tun können, werden wir es gerne tun, das ist selbstverständlich. Ich sehe auch einen großen Mehrwert insgesamt für die Mitarbeiterschaft, also nicht nur für den Einzelnen und die Einzelne, sondern auch für die Stadtverwaltung als sozusagen Teilgesellschaft. Auch deswegen würde ich immer eher ein Engagement mehr akzeptieren, als immer nur auf das Geld zu gucken. Aber wir müssen es auch dauerhaft in eine vernünftige Perspektive bringen und uns nicht an kurzfristigen Erfolgen, die wir dann aber nicht in eine Linie bringen können, irgendwie festhalten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Noch mal ganz kurz, Herr Oberbürgermeister. Klar, ich werde jetzt das nicht kommentieren, was Sie gesagt haben, überhaupt nicht, weil ich denke, ich kann mehr oder weniger alles so auch unterstützen. Ich wollte trotz allem noch mal ganz klar machen, dass wir als Antragsteller für heute zufrieden sind und dass wir jetzt auch nicht irgendwelche Forderungen stellen oder irgendwie die Verwaltung angreifen. Das möchte ich doch einfach noch einmal klarstellen, damit nicht zum Schluss vielleicht ein Eindruck entstehen könnte, als wenn wir etwas ganz anderes wollten, als wir beantragt haben.

Der Vorsitzende: Ich habe Ihren Beitrag auch nicht so verstanden, Herr Cramer, kein Thema. Gut, dann würden wir so verfahren, zwei Mal im Jahr Bericht und wenn Sie noch Ideen haben oder Nachfragen, bitte das in eine intensive gemeinsame Fachdiskussion

bringen, über Strategien, aber auch über Erfahrungen. Seien Sie sich wirklich gewiss, dass ich mich gegebenenfalls auch um Einzelfälle kümmere, wo wir einfach genau diese Möglichkeiten ausloten. Aber das kann man dann im Fachausschuss alles noch mal detaillierter miteinander besprechen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. Juni 2023